

Pressemitteilung des russischen Außenministeriums zum Urteil des Internationalen Gerichtshofes zur 2017 von der Ukraine erhobenen Klage, in der Russland vorgeworfen wird auf der Krim Ukrainer und Tataren diskriminiert zu haben.

31.01.2024

Die Pressemitteilung wurde von mir aus dem Englischen ins Deutsche übersetzt und ist vom russischen Außenministerium nicht autorisiert.

Am 31. Januar 2024 veröffentlichte der Internationale Gerichtshof der Vereinten Nationen sein endgültiges Urteil in dem von der Ukraine im Januar 2017 angestregten Rechtsstreit mit Russland, der sich auf das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (CERD) stützt. Das Gericht wies praktisch alle Forderungen der Ukraine zurück und erkannte an, dass Russlands Politik mit seinen Verpflichtungen aus dem Übereinkommen übereinstimmt. Es gibt keine Diskriminierung von Krimtataren und Ukrainern auf der Krim.

Der wichtigste falsche Vorwurf, den Kiew gegen Russland erhob, lautete, dass Russlands Strafverfolgungsmaßnahmen gegen Mitglieder der Terrorgruppe Hizb ut-Tahrir und der extremistischen Gruppen Tablighi Jamaat und Mejlis des krimtatarischen Volkes eine Verfolgung von Krimtataren aus ethnischen Gründen darstellten. Das Gericht schloss sich dieser Einschätzung nicht an. Es konnte in den Normen der russischen Anti-Extremismus-Gesetzgebung keine diskriminierenden Elemente feststellen. Es konnte auch keine Anzeichen für eine rassistische Diskriminierung bei der Anwendung dieser Normen durch die russischen Strafverfolgungsbehörden feststellen.

Das Gericht stellte nicht fest, dass das Verbot der Mejlis, die von Russland als extremistische Organisation verboten wurde, gegen die Konvention verstößt. Es betonte in

seinem Urteil, dass der Qurultay das repräsentative Organ des krimtatarischen Volkes ist. Er wurde nicht verboten und übt weiterhin seine Funktionen auf der Krim aus.

Das Gericht wies die Vorwürfe der Ukraine zurück, Russland sei an den gezielten Morden und Entführungen von Krimtataren und Ukrainern auf der Krim beteiligt.

Das Gericht wies auch alle Forderungen der Ukraine in Bezug auf die Staatsbürgerschaft zurück. Es konnte keine Fälle von Rassendiskriminierung in den russischen Gesetzen zur Vergabe der Staatsbürgerschaft auf der Krim seit 2014 feststellen.

Die Behauptungen der Ukraine über die Verletzung der Rechte der Krimtataren und der Ukrainer auf Zugang zu ihren nationalen Medien, auf Versammlungen und Kundgebungen sowie auf die Erhaltung von Kulturerbestätten wurden ebenfalls als unbegründet angesehen.

Die von Russland vorgenommene Restaurierung des Khanspalastes in Bachtschisarai war keine "kulturelle Katastrophe", wie ukrainische Vertreter versuchten, sie darzustellen. Sie war notwendig, um die Folgen der Nachlässigkeit der ukrainischen Behörden zu beheben, die dieses Wahrzeichen der Geschichte und Kultur in einen baufälligen Zustand versetzt hatten.

Der Internationale Gerichtshof hat anerkannt, dass die Bewohner der Krim Zugang zu Bildung in krimtatarischer und ukrainischer Sprache haben. Gleichzeitig entschied eine Mehrheit des Gerichts, dass der starke Rückgang der Zahl der Schulen mit ukrainischem Unterricht nach der Übergabe der Krim an Russland im Jahr 2014 eine Verletzung der Verpflichtungen des Landes in Bezug auf das Recht auf Bildung im Rahmen des CERD darstellt.

Diese Feststellung ist umstritten genug, vor allem wenn man bedenkt, dass das Gericht einräumte, dass die Krimbewohner den Unterricht in russischer Sprache aus freiem Willen gewählt haben. Hätten die russischen Behörden die Kinder gegen ihren Willen in ukrainische Schulen stecken sollen? All diejenigen, die Unterricht in ukrainischer Sprache wünschen, werden diese Möglichkeit auf die eine oder andere Weise im Einklang mit der geltenden Gesetzgebung erhalten.

Der Fall ist abgeschlossen. Russland muss keine besonderen Maßnahmen ergreifen, um dieses Urteil zu erfüllen. Alle Forderungen der Ukraine nach Reparationen wurden zurückgewiesen.

Quelle: https://mid.ru/en/foreign_policy/news/1928849/ Stand: 01.02.2024